Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2021

Nr. 375

ausgegeben am 3. Dezember 2021

Verordnung

vom 30. November 2021

über die Abänderung der Verordnung zum Personen- und Gesellschaftsrecht

Aufgrund von Art. 367s Abs. 4 und § 157 Abs. 3 Schlussabteilung des Personen- und Gesellschaftsrechts (PGR) vom 20. Januar 1926, LGBl. 1926 Nr. 4, in der geltenden Fassung, verordnet die Regierung:

I.

Abänderung bisherigen Rechts

Die Verordnung vom 19. Dezember 2000 zum Personen- und Gesellschaftsrecht, LGBl. 2000 Nr. 281, in der geltenden Fassung, wird wie folgt abgeändert:

Art. 1 Bst. c^{bis}

Diese Verordnung regelt in Durchführung des Personen- und Gesellschaftsrechts insbesondere:

c^{bis}) die Aufsicht über die Einhaltung der Bestimmungen betreffend die Mitwirkung der Aktionäre bei im EWR börsenkotierten Aktiengesellschaften;

Überschrift vor Art. 14

IVa. Aufsicht über die Einhaltung der Bestimmungen betreffend die Mitwirkung der Aktionäre bei im EWR börsenkotierten Aktiengesellschaften

Art. 14

Grundsatz

1) Die Wirtschaftsprüfer oder Revisionsstellen, welche eine Prüfung bzw. einen Review nach Art. 367s PGR durchgeführt haben, bestätigen mittels eines Prüfberichts gegenüber den zu prüfenden Gesellschaften, dass die Bestimmungen nach Art. 367b bis 367f und 367h bis 367r PGR durch die Gesellschaften, Intermediäre, institutionellen Anleger, Vermögensverwalter und Stimmrechtsberater eingehalten wurden.

2) Die zu prüfenden Gesellschaften haben gegenüber den Wirtschaftsprüfern oder Revisionsstellen zu erklären, dass die in Abs. 1 genannten Bestimmungen eingehalten wurden. Die Erklärung hat unter Verwendung des jeweiligen auf der Internetseite des Amtes für Justiz zur Verfügung gestellten Formulars zu erfolgen.

3) Sofern erforderlich, kann das Amt für Justiz neben der Erteilung eines Verbesserungsauftrags nach Art. 367s Abs. 4 PGR den Wirtschaftsprüfer oder die Revisionsstelle beiziehen.

II.

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 2022 in Kraft.

Fürstliche Regierung:
gez. *Dr. Daniel Risch*
Fürstlicher Regierungschef